

## Polen zu den Präsidentschaftswahlen

**S**eit ein paar Wochen kämpft Polen gegen das Hochwasser und seine Folgen. Tagtäglich informieren die Medien über weitere Fälle von Dammbürchen, Überschwemmungen und die Zerstörung von ganzen Dörfern. Immer mehr Personen sind von den Folgen dieser Wettererscheinungen betroffen. Sie waren gezwungen, ihre Häuser zu verlassen, verloren ihr ganzes Hab und Gut, ihre Einkommensquellen, andere schauen mit Furcht auf die Wettervorhersagen und sind auf das Schlimmste vorbereitet. Man kann den Eindruck gewinnen, daß die mit der Überflutung verbundenen Fragen andere Themen überschatten, auch die Präsidentschaftswahlen. Vielleicht geht das Jahr 2010 nicht als Wahljahr, sondern als Katastrophenjahr in die Geschichte ein.

Für viele Polen war es im Jahre 2009 klar, welche politische Perspektiven sie hatten. Im folgenden Jahr sollten – in Übereinstimmung mit der Verfassung – die Präsidentschafts- und Kommunalwahlen stattfinden. Die Erweiterung des Einflusses der Bürgerplattform (PO) wurde prophezeit. Die Aussichten auf die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten, Lech Kaczyński, standen nicht besonders gut. An der Jahreswende 2009/2010 erfreute er sich keiner großen Popularität, war immer mehr der Kritik ausgesetzt, wurde sogar zum beliebtesten Gegenstand von politischer Satire und plumpem Spott.

Laut einer durch die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ durchgeführten Umfrage wollten nur 20 Prozent der Polen ihn wiederwählen. An erster Stelle nannten sie den Ministerpräsidenten Donald Tusk, der vor ein paar Jahren an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen hatte, aber Lech Kaczyński unterlag, als ihren Favoriten.

Nun erfreute er sich großer Popularität. Theoretisch hätte er freie Bahn zum Präsidentenamt haben können. Wenn er es nur hätte erringen wollen.

Zusätzlichen Kummer hätte dem amtierenden Präsidenten die Sorge machen können, bei einer Stichwahl gegen seine potentiellen Gegenkandidaten zu verlieren, den Vertreter der Linken, Jerzy Szmajdzinski, und den unabhängigen ehemaligen Außenminister Polens, Andrzej Olechowski.

Lech Kaczyński, wenn er wiedergewählt worden wäre, hätte seine bisherige Politik überdenken, nach der Unterstützung von neuen gesellschaftlichen Kreisen suchen und sich von der politischen Basis – der von seinem Bruder geleiteten Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) – abheben müssen. Keiner hatte dies für möglich gehalten.

Der Verzicht von Ministerpräsident Tusk auf die Kandidatur für das Präsidentenamt Ende Januar 2010 hat viele überrascht. Er verkomplizierte die Lage des amtierenden Präsidenten zusätzlich. Die politische Basis des Präsidenten stand am Scheideweg. Innerhalb kurzer Zeit mußte man die Hauptpunkte des geplanten Wahlkampfes verändern, nicht der Ministerpräsident als Kandidat, sondern ein anderes Mitglied bzw. eine von der PO genannte Person sollte seitdem der Gegenkandidat des um die Wiederwahl kämpfenden Präsidenten und Objekt der Gegenpropaganda des Kaczynski-Lagers sein.

„Wir befinden uns in einer neuen politischen Situation“, schrieb treffend die bekannte Journalistin und Kommentatorin der Wochenzeitung „Polityka“, Janina Paradowska, „weil es kein Schema eines Kampfes Tusk – Kaczynski mehr gibt, auf das sich die Parteien und ein bedeutender Teil der öffentlichen Meinung vorbereitet haben. Die Karten werden neu gemischt und daran müssen wir uns erst gewöhnen.“

Die Aufmerksamkeit der Medien und der öffentlichen Meinung zogen dagegen die Duelle zwischen zwei Kandidaten der PO während der von dieser Partei organisierten Vorwahlen auf sich, von Radosław Sikorski und Bronisław Komorowski, der schließlich gesiegt hat. Es schien, daß sich der PO-Kandidat auf einem leichten und recht angenehmen Weg zum Sieg befindet. Es reichte, die offenkundigen Schwächen des Wahlgegners offenzulegen und den Termin der Herbstwahlen abzuwarten.

Alles veränderte sich am 10. April 2010. Während der Landung des Präsidentenflugzugs bei Smolensk kam es zu einer Katastrophe, die unmittelbar danach als unvorstellbares Unglück betrachtet wurde, aber auch – wozu die national-konservativen Kreise von Anfang an neigten – als historisches Faktum, Symbol der tragischen polnischen Geschichte.

Bei dieser Katastrophe sind der Präsident, Lech Kaczyński, zusammen mit seiner Frau Maria und allen Begleitpersonen, Generälen, Politikern unterschiedlicher Parteien, Vertretern von Gesellschaftsorganisationen, Geistlichen, Familienmitgliedern der in Katyń ermordeten Offiziere ums Leben gekommen.

Offiziell wollte der Präsident an diesem Tag nach Katyń fahren, obschon bekannt war, daß auch in diesem Fall eine harte Auseinandersetzung zwischen dem Präsidentenlager und der PO im Hintergrund stand.

Die ersten Informationen über den Flugzeugabsturz wurden mit großem Mißtrauen aufgenommen, bald jedoch wurde die Tragödie bestätigt. In den Tagen darauf, als die tödlich Verunglückten verabschiedet wurden, wurde das Ausmaß der nationalen und einfach nur menschlichen Tragödie von Millionen Polen tief empfunden. Es wurden die politischen Streitereien vergessen, die politischen Rechnungen beiseite gelegt.

Man begann, den Schmerz und die Trauer wegen des Todes von so unterschiedlichen Menschen zum Ausdruck zu bringen, die aus verschiedenen politischen Lagern stammten und sich oft in einer scharfen politischen Auseinandersetzung befunden hatten, aber dennoch das neue demokratische Polen mit aufgebaut haben. Es fehlte auch hier nicht an Kontroversen und starken Emotionen, als die katholische Kirche bekannt gab, daß das Präsidentenpaar auf der Krakauer Königsburg, dem Wawel, beigesetzt werden sollte.

In dem sich im Schock befindenden Polen verursachte diese Tragödie trotz der Ängste eines Teils der Gesellschaft sowie der ausländischen Beobachter keine Störungen im Mechanismus des Staates. In Übereinstimmung mit der Verfassung übernahm der Sejmmarschall Bronislaw Komorowski die Pflichten des Präsidenten. Das war keine leichte Aufgabe. Er war und ist nun dazu gezwungen, drei Rollen auszufüllen: die des Staatspräsidenten, die des Sejmmarschalls und die eines Kandidaten in den Präsidentschaftswahlen.

Es fällt schwer, die Tätigkeit Marschall Komorowskis während der letzten Wochen nach der Katastrophe zu beurteilen. Mit Sicherheit erlaubt es erst eine größere Zeitperspektive, diese Beurteilung vorzunehmen. Allerdings kann man anmerken, daß das Handeln sowohl von Marschall Komorowski als auch von Ministerpräsident Tusk in den ersten Tagen nach der Katastrophe bei Smolensk von großem Verständnis für den Ernst der Lage gekennzeichnet war. Man vermied alle Reibungsflächen mit den politischen Opponenten.

Einer der ersten Beschlüsse, die laut Verfassung Marschall Komorowski bekanntgeben sollte, war die Nennung des Termins für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Nach den Konsultationen mit den Sejmfraktionen wurde der 20. Juni gewählt. Für die Wahlkampagne blieb also nicht viel Zeit.

Die Kandidaten der Opposition, der PiS und der Linken, waren nicht bekannt. Nicht nur die PiS-Partei hatte ihren Kandidaten verloren, der – obschon offiziell noch nicht bekanntgegeben – der amtierende Präsident Lech Kaczyński war. Durch den Tod von Jerzy Szmajdzinski wurden die Linken in eine schwierige Lage versetzt.

Bald nannte die PiS-Partei als Kandidaten den Bruder des verstorbenen Präsidenten, Jaroslaw, und die Linken ihren Vorsitzenden, Grzegorz Napieralski. Der Entschluß von Jaroslaw Kaczynski, obwohl er für viele Menschen, vor allem für diejenigen, die die Traumata der schweren Trauer verstanden hatten, unverständlich schien, war politisch durchaus begründet. Von diesem Entschluß hing ab, wie die PiS-Partei die Atmosphäre nach der Katastrophe bei Smolensk nutzen würde.

Zwei Katastrophen, die Polen getroffen haben, werfen ihren Schatten auf die Präsidentschaftswahlen in Polen 2010: die Katastrophe des Präsidentenflugzeugs bei Smolensk und das Hochwasser. Die erste beschleunigte die Wahlen, zwang die Politiker zum schnellen Handeln. Die zweite kann zur Zunahme von kritischen Äußerungen gegenüber der Regierung führen, die der Vernachlässigung und eines nicht angemessenen Handels bezichtigt wird. Sowohl die erste als auch die zweite stellen die Kraft und die Leistungsfähigkeit eines Staates auf die Probe, dessen Strukturen nach dem Fall des Kommunismus vor 20 Jahren neu errichtet wurden.

Im vorigen Jahr feierten die Polen den 20. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Das war eine gute Chance zum Nachdenken über die vergangenen Jahre. An dieser Stelle lohnt es sich, die Ergebnisse der Meinungsumfragen, die im Februar 2009 in Polen durchgeführt wurden, zu zitieren. Auf die Frage, wer oder was am meisten zum Untergang des kommunistischen Systems in der UdSSR und in den ehemaligen Ostblock-

ländern beigetragen habe, antworteten 44 Prozent der Befragten, die Solidarność-Bewegung und die Aktivitäten der demokratischen Opposition in der VRP. An zweiter Stelle, mit 38 Prozent, Papst Johannes Paul II. An dritter Stelle, mit 28 Prozent, die wirtschaftliche Ineffektivität des kommunistischen Systems.

Auf die Frage, ob die Ereignisse 1989 in Polen auch zum Untergang des Kommunismus in den anderen Ländern des Ostblocks beigetragen hätten, bejahten das 44 Prozent der Befragten. Unter den Ereignissen, die die Respondenten als das symbolische Ende der VRP und des kommunistischen Systems nannten, waren: die Verhandlungen am Runden Tisch (40 Prozent), der Rücktritt General Jaruzelskis und die Wahl Lech Wałęsas zum Staatspräsidenten 1990 (15 Prozent) sowie die ersten vollständig freien Wahlen zum Parlament und zum Senat 1991 (9 Prozent).

Die Polen waren 2009 zweifelsohne stolz auf ihre Rolle bei der Demontage des Kommunismus in der UdSSR und in den Ländern des Ostblocks; auf eine bewußte Weise beriefen sie sich auf die Verhandlungen am „Runden Tisch“, die den Prozeß der politischen Veränderungen in Polen einleiteten.

Vorangegangene Etappen dieser Veränderungen waren die teilweise freien Parlamentswahlen Anfang Juni 1989 und die Wahl eines Vertreters der demokratischen Opposition, Tadeusz Mazowiecki, zum Ministerpräsidenten. Sowohl die Verhandlungen am „Runden Tisch“ als auch die Wahl Mazowieckis waren nicht nur ein großer Erfolg der demokratischen Opposition in Polen, sondern auch ein Beispiel für den Kompromiß zwischen den kommunistischen Machthabern und der Opposition. Zwar war für viele Polen die vom Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ ausgegebene Parole: „Euer Präsident, unser Premierminister“ nicht zu akzeptieren, aber sie war in den Realitäten des Jahres 1989 die einzige gute Lösung, die keinen Widerstand von Seiten der UdSSR auslöste.

Die Präsidentschaft von Wojciech Jaruzelski dauerte nur kurze Zeit (vom 31. Dezember 1989 bis zum 22. Dezember 1990) und hatte tatsächlich einen Übergangscharakter. Sie störte den Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Transformation im Staate nicht, sondern unterstützte eher die junge und brüchige Demokratie. Die Wahl von Lech Wałęsa zum Präsidenten beendete diese Etappe. Die symbolträchtige Übergabe der Präsidenteninsignien durch den polnischen Präsidenten im Exil, Ryszard Kaczorowski, betonte zusätzlich den Wert dieses Ereignisses; es wurde legalisiert durch das polnische Exil, das sich als Träger des unabhängigen Polens nach 1945 verstand. An dieser Stelle muß man anmerken, daß jener Präsident Kaczorowski zu der Delegation von Präsident Kaczyński gehörte und mit ihm ums Leben kam.

Die nächsten Jahre standen unter dem Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Polen. Es war ein sehr komplizierter und schwieriger Prozeß. Es mußten viele Probleme geregelt werden. Polen war immer noch an die Verträge mit der UdSSR gebunden, auf seinem Territorium waren weiterhin sowjetische Truppen stationiert.

Die ersten Monate nach der Erlangung der Unabhängigkeit waren der Regelung der innen- und außenpolitischen Fragen gewidmet. In den Beziehungen mit der UdSSR kam der Zusammenbruch dieses Staates zu Hilfe, Polen unterstützte den Prozeß der Befreiung

seiner Nachbarn, der Ukraine, Weißrußlands und Litauen, von der Kuratel Moskaus. Sehr schnell wurden die Beziehungen mit Westeuropa geregelt. Mit unserem westlichen Nachbarn, dem vereinigten Deutschland, wurden Anfang der 1990er Jahre Verträge geschlossen, die die gemeinsamen Beziehungen bis heute bestimmen. Polen gab seine Bereitschaft, den Europäischen Gemeinschaften und der NATO beizutreten, bekannt. Ein langer Verhandlungsprozeß begann.

Als sehr schwierig erwiesen sich die Veränderungen im Innern. Zwar wurde Tadeusz Mazowieckis Politik des sogen. „dicken Strichs“ kritisiert, aber man muß anmerken, daß sie sich an der Jahreswende 1989/90 bestätigt hat, weil es eben zu keiner Wiederholung des rumänischen Szenarios kam. Das bedeutet nicht, daß die Diskussion über das Wesen des kommunistischen Systems in Polen abgeschlossen war, sie dauert – ähnlich wie in den anderen postkommunistischen Staaten des Ostblocks – immer noch an (und wird in den nächsten Jahren fortgesetzt). Allerdings interessierten den Durchschnittsbürger – wie es scheint – die Fragen der wirtschaftlichen Transformation, der Einführung des Kapitalismus und in seiner Konsequenz der massenhaften Arbeitslosigkeit, aber auch der Eruption des polnischen Unternehmergeistes deutlich mehr.

Das politische System regelte zunächst die sogen. „Kleine Verfassung“, und seit April 1997 die Verfassung der Republik Polen. Auf ihrer Grundlage ist Polen eine parlamentarische Demokratie. Die Exekutive besteht aus einem Präsidenten, einem Ministerpräsidenten und einem Ministerrat. Der Präsident wird in den allgemeinen Präsidentschaftswahlen für eine fünfjährige Amtszeit gewählt (es siegt der Kandidat, der die meisten Stimmen bekommt). Er kann diese Funktion maximal zwei Kadenzen ausüben.

Nach der Verfassung ist der Präsident der höchste Vertreter des Staates im Innern und im Ausland, hat die Funktion des Oberbefehlshabers inne, achtet auf die Unantastbarkeit und Unteilbarkeit des Landesterritoriums und wacht über die Einhaltung der Verfassung.

Zu seinen Vollmachten gehört u.a. die Unterzeichnung der durch Sejm und Senat verabschiedeten Gesetze, die Ratifizierung der internationalen Verträge, die Ernennung der Staatsanwälte, die Verleihung der Staatsangehörigkeit oder die Anwendung des Begnadigungsrechts. Als Beratungsorgan des Präsidenten in Fragen der Sicherheit dient der Rat der Nationalen Sicherheit. In für das Interesse des Staates besonders wichtigen Fragen kann der Präsident den Kabinettsrat einberufen – eine gemeinsame Sitzung des Präsidenten mit dem Ministerrat. Bei der Ausübung der Amtes und seiner Pflichten hilft dem Präsidenten die Präsidentenkanzlei.

Die Verfassung von 1997 regelt darüber hinaus die außerordentlichen Situationen, wann es zu Präsidentschaftswahlen vor dem Ablauf der Amtszeit kommen kann (diese Situation trat infolge der Tragödie bei Smolensk ein). In dieser Situation übernimmt – anders als etwa im Grundgesetz der Bundesrepublik vorgesehen – der Sejmmarschall die Pflichten des Präsidenten.

Wenn man die Kompetenzen des Präsidenten kurz beschreiben soll, könnte man feststellen, daß er zwar über keine große reale Macht verfügt, er aber die Handlungsfreiheit

der Regierung durch sein Vetorecht beträchtlich einschränken kann. Der Schlüssel für ein reibungsloses Funktionieren des Staates ist also eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem Ministerrat.

Nach 1990 übten das Amt des Präsidenten folgende Personen: Lech Wałęsa (1990–1995), Aleksander Kwasniewski (1995–2005) und Lech Kaczyński (2005–2010). Es scheint, daß sich von den amtierenden Präsidenten Aleksander Kwasniewski der größten Popularität, Anerkennung und Sympathie der Polen erfreute. In der Zeit seiner Präsidentschaft wurde Polen 1999 Mitglied der NATO und 2004 der Europäischen Union. Jeder dieser Prozesse wurden von Präsident Kwasniewski eindeutig unterstützt. Sein Engagement für die Verbesserung der polnisch-jüdischen, polnisch-deutschen und polnisch-ukrainischen Beziehungen ist bekannt. Seine öffentliche Entschuldigung bei den Juden für den Mord an Jedwabne rief den Widerstand der einen hervor, die anderen nahmen sie mit Respekt entgegen. Sowohl für Wałęsa als auch für Kwasniewski war offensichtlich, daß der Präsident alle Polen vertritt; er sollte sich bemühen, die Vertiefung der in der Gesellschaft existierenden politischen Spaltungen durch die Unterstützung der einen oder anderen Seite zu vermeiden. Das bedeutet nicht, daß sie während ihrer Amtszeiten dieses Grundprinzip immer verfolgten, aber es gab – trotz zeitweiliger Streitereien – zwischen den Zentren der Macht keine Reibungsflächen, vor allem auf der internationalen Ebene nicht, bei der in Polen ein großer politischer Konsens bestand.

Die Wahlen 2005 standen unter einem anderen Vorzeichen. Sie fanden in einer anderen Atmosphäre statt, obwohl aus ein- und demselben *Solidarność*-Lager stammende Formationen zu Rivalen wurden, die gegenüber den Schwächen der Dritten Republik, vor allem gegenüber den Korruptionsfällen, kritisch gestanden haben. Recht und Gerechtigkeit (PiS), eine national-konservative Partei, stellte sich zur Aufgabe, eine tiefe politische Umgestaltung Polens durchzuführen (die Idee der Vierten Republik).

An ihrer Spitze stand Jarosław Kaczyński, der Hauptideologe, vor 1989 Oppositioneller, später ein fähiger Politiker, bekannt durch seine Fähigkeit zu extremen Handlungen und seine Unfähigkeit zu gemeinsamer Arbeit. In den Wahlen 2005 gelang es seiner Gruppierung, an die Macht zu kommen und eine Regierung ohne die vorher geplante Beteiligung der Bürgerplattform, einer Partei der Mitte mit einem liberalen Programm, zu bilden. Für das Amt des Präsidenten wurde von Seiten der PiS-Partei der Bruder von Jarosław, Lech, nominiert.

Lech Kaczyński war kein unbekannter Politiker. Er übte unterschiedliche Funktionen im Staatsapparat und in der Kommunalverwaltung aus, vor der Wahl zum Staatspräsidenten war er Stadtpräsident von Warschau. Eines seiner Flaggschiffprojekte in seiner Warschauer Zeit war der Bau des Museums des Warschauer Aufstandes. Er wurde kritisiert für seine Unfähigkeit, unterschiedliche Probleme der Hauptstadt durch ein gutes Funktionieren der Behörden, die Umsetzung von städtischen Investitionen u.dgl. zu lösen. Sein Gegenkandidat wurde der Vorsitzende der PO, Donald Tusk.

Die erste Wahlrunde brachte keine Entscheidung. Die PiS-Partei griff im Anschluß zu den sog. schmutzigen Methoden im Wahlkampf. Einer der Abgeordneten dieser Partei

warf Tusk vor, daß sein Großvater freiwillig in der Wehrmacht gedient habe und wollte ihn so in der Öffentlichkeit diskreditieren. Viele Beobachter in Polen akzeptierten diese Vorgehensweise nicht. Wegen des Kampfes in den oberen Etagen der Macht konnte man bei den Polen nach und nach Ermüdungseffekte feststellen. Zwar siegte Kaczyński in der zweiten Wahlrunde, aber die Wahlbeteiligung betrug nur 50 Prozent, was eine sehr niedrige Quote war.

Von Anfang an lastete auf dem Bild des neuen Präsidenten die Unterordnung unter die PiS-Partei und die engen Verbindungen zu seinem Bruder, was sich sehr schnell auf die vom Präsidenten unternommenen Handlungen als Staatsoberhaupt auswirken sollte.

Aus der Perspektive des Jahres 2010 kann man versuchen eine vorläufige Bilanz der Präsidentschaft L. Kaczyńskis zu ziehen, obschon dieses Thema in Polen nach wie vor mit einer gewissen Verlegenheit angesprochen wird und alle kritischen Stimmen verbissene Attacken vonseiten der Anhänger des verstorbenen Präsidenten auslösen.

Seine Amtszeit kann man in zwei Perioden einteilen: die Jahre 2005–2007 und 2007–2010. Die erste stand unter dem Zeichen der intensiven Zusammenarbeit mit der Partei des Bruders, Jarosław. Zu einem geflügelten Wort wurde Lech Kaczyńskis an seinen Bruder Jarosław nach der gewonnenen Wahl gerichtete Äußerung: „Herr Vorsitzender, ich melde hiermit, daß die Aufgabe ausgeführt wurde.“

Die nachfolgenden Monate bestätigten, daß Lech Kaczyński – trotz der von ihm unternommenen Versuche – nicht über den Schatten seines Bruders springen konnte. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß er keine eigene Meinung hat und auf die Entscheidung des Bruders wartet. Lech Kaczyński förderte die Handlungen seines Bruders, die Warschau in der internationalen Arena sehr schnell Probleme brachten.

Die Politik Kaczyńskis, die unter der Parole der Achtung der Würde Polens und der Notwendigkeit einer harten Verteidigung seiner angeblich mißachteten Staatsinteressen standen, führte im Laufe der Zeit zur Isolation Polens in Europa. Ähnlich sah die Situation in den deutsch-polnischen Beziehungen aus, in denen als Argument der anti-polnischen Einstellung Berlins die Frage der Schaffung des Zentrums gegen Vertreibungen und der Ostseepipeline benutzt wurde. Gleichzeitig war der Präsident gegenüber jeglicher Kritik sehr empfindlich. Es reichte ein unbedeutender Anlaß, um die größten Kanonen ins Feld zu rollen, obschon die Sache nicht dessen wert war (die sogenannten Kartoffel-Affäre). Er betrieb darüber hinaus eine einseitige Geschichtspolitik mit der Betonung auf einer Heroisierung. Schon als Präsident Warschaus betonte er einerseits das Heldentum und die Hingabe der Polen für das Vaterland, übersah dabei die Kompliziertheit und Vielschichtigkeit von vielen Fragen der nationalen Geschichte. Man muß aber betonen, daß er sich im polnisch-jüdischen und polnisch-ukrainischen Dialog sehr stark engagierte. Generell riefen seine öffentlichen Reden und seine Ordensverleihungspolitik Kontroversen hervor und vertieften die Spaltungen in den Kreisen der alten Opposition.

Die zweite Periode, nach der durch die PO gewonnenen vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 und der Wahl Donald Tusk zum Ministerpräsidenten, vertiefte die negati-

ven Tendenzen dieser Präsidentschaft. Der Präsident hatte schwer mit der Wahlniederlage der Partei seines Bruders und der damit deutlich gewordenen Abfuhr für die Idee der Vierten Republik zu kämpfen. Zu den alten Problemen kamen schnell neue hinzu.

Der Präsident begann sich wie ein Oppositionspolitiker zu verhalten. Er machte – wie es scheint – übermäßig von seinem Vetorecht Gebrauch, um die Tätigkeit der Regierung zu torpedieren, und betrieb eine eigene Personalpolitik (u.a. kam es zu Verzögerungen bei der Nominierung von Botschafterkandidaten). Unter anderen versuchte er – erfolglos – die Kandidatur von Radosław Sikorski als Außenminister zu vereiteln. Lange Zeit agierte er gegen die Trennung der Funktion des Justizministers und des Generalstaatsanwalts. Sein Veto gegen das neue Mediengesetz, das die Reform der staatlichen Medien einleiten sollte, endete mit einem Erfolg.

Seine politischen Sympathien schienen die gesamte Tätigkeit als Präsident zu steuern und sein Gesicht deckte sich mit dem öffentlichen Bild seines Bruders, der für seine scharfe Zunge und konfliktreiche Sprache bekannt war. Teil dieses Konfliktes zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten war der Kompetenzstreit in Fragen der Außenpolitik, der ironisch als „Krieg um Stühle und Flugzeuge“ bezeichnet wurde.

Kaczyński gelang es nicht, in dieser Frage einen sinnvollen Kompromiß auszuarbeiten. Der Präsident war der Meinung, daß er an Sitzungen im Ausland teilnehmen müsse, daß das sein Reich sei, obwohl er noch wenige Monate zuvor kein aktiver Politiker auf diesem Gebiet gewesen war. Er distanzierte sich vom Lissabon-Vertrag, obschon er ihn früher befürwortet hatte. Seine harte Unterstützung Georgiens rief Überraschung hervor, seine Amerika-Politik wurde mit Skepsis betrachtet. Aus diesen Gründen darf man sich nicht wundern, daß Anfang 2010 während einer kurzen Diskussion über die Novellierung der Verfassung die PO die Lösung unterstützte, die die Kompetenzen des Präsidenten auf repräsentative Funktionen reduzieren sollte.

Wer sind die jetzigen Kandidaten für das Präsidentenamt und welche Programme vertreten sie? Nach den Ergebnissen der letzten Umfragen kann im 1. Wahlgang Bronisław Komorowski mit 46 Prozent, Jarosław Kaczyński mit 30 Prozent der Stimmen rechnen. An dritter Stelle wird der Kandidat der Linken, Grzegorz Napieralski, mit 9 Prozent genannt. Es scheint, daß sich die Wahl zwischen den ersten beiden Kandidaten entscheiden wird.

Bronisław Komorowski wurde 1953 in Oborniki Śląskie in Niederschlesien geboren, in den Jahren 1972–1977 studierte er Geschichte an der Universität Warschau, seit 1977 engagierte er sich bei der demokratischen Opposition, zuerst als Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), später bei der Solidarność (er redigierte u.a. die Samisdatblätter), nach 1989 übte er unterschiedliche Staatsfunktionen aus, u.a. war er stellvertretender Verteidigungsminister, in den Jahren 2000–2001 stand er an der Spitze dieses Ressorts. Seit 1991 ist er Sejmabgeordneter. Nach den von der PO gewonnenen Wahlen 2007 wurde er zum Sejmmarschall gewählt.

Jarosław Kaczyński wurde 1949 in Warschau geboren, in den Jahren 1967–1971 studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Warschau, 1976 promovierte er, zu-



nächst war er in der Abteilung für Forschungen zum Hochschulwesen beim Ministerium für Wissenschaft, Hochschulen und Technik beschäftigt, später an der Zweigstelle der Universität Warschau in Białystok. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre engagiert er sich bei der Opposition. Nach 1982 wurde er Mitglied des Helsinki-Komitees in Polen, seit 1986 leitete er das gesellschaftlich-politische Büro des Vorläufigen Koordinationskomitees der Gewerkschaft Solidarność, 1989–1991 war er Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Tygodnik Solidarność“, 1990–1991 Leiter des Büros des Präsidenten Lech Wałęsa, nach 1991 mit Unterbrechungen Abgeordneter des Sejm, 2001 gründete er die Partei Recht und Gerechtigkeit, 2006–2007 war er Ministerpräsident.

Die beiden Politiker verbindet zweifelsohne die oppositionelle Vergangenheit. Beide übten in unterschiedlichen Zeiten wichtige Staatsfunktionen aus. Bronisław Komorowski ist verheiratet und hat fünf Kinder, Jarosław Kaczyński ist ledig. Die Programme der Kandidaten, die im Internet zugänglich sind, unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander, sie bestehen aus positiv formulierten Allgemeinplätzen. Jeder Kandidat möchte, daß sein Amt keine Kontroversen auslöst, daß es die Polen verbindet. In einer weiteren Perspektive soll dieses Amt zur Stärkung der Rolle Polens in Europas und der Welt beitragen. Vielleicht zeigen die letzten Tage vor den Wahlen eine ausführlichere Vision der Präsidentschaft. Bisher wichen die Kandidaten einer direkten Konfrontation aus, ihre Aussagen sind gut überlegt, es gibt keine Reibungsflächen.

Dabei kann man den Einfluß der tragischen April-Ereignisse deutlich erkennen. Komorowski möchte sich den Vorwurf der Brutalität gegenüber dem schwer getroffenen politischen Gegner nicht vorwerfen lassen, dagegen möchte Kaczyński mit aller Kraft die Polen überzeugen, daß sein neues Gesicht der Versöhnung und der Zusammenarbeit kein für den Wahlkampf typischer Trick ist. Er distanziert sich sogar von den Parolen der Vierten Republik, aber seine politische Basis, vor allem die nationalradikale, macht keinen Hehl daraus, welchen Präsidenten sie sich wünscht. Immer noch stellen die national-konservativen, religiös motivierten, von antiliberalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen geprägten Wähler das Hauptreservoir seiner Anhänger dar (er kann mit einem Viertel oder Drittel dieser Wähler rechnen).

Unabhängig von den Wahlen ist es betonenswert, daß 20 Jahre politische und wirtschaftliche Transformation in Polen große Effekte gebracht haben. Polen gehört heute zu den stabilen Ländern, pflegt gute Kontakte mit seinen Nachbarn, agiert immer besser auf der europäischen Bühne. Paradoxerweise beschleunigte die Katastrophe bei Smolensk den Annäherungsprozeß zwischen Polen und Rußland. Die Skala der Sympathien der höchsten Vertreter Rußlands und der einfachen Bürger dieses Landes, die sie Polen in der Trauerzeit gezeigt haben, gibt die Hoffnung, daß dieser Prozeß unumkehrbar ist. Vielleicht entsteht am Ort der Katastrophe nicht nur ein Obelisk (gestiftet von den Mitarbeitern des russischen Flughafens), sondern auch eine polnisch-russische Jugendbegegnungsstätte. Es scheint, daß die Polen und die Deutschen dieses Projekt mit Verständnis begleiten und ihre Erfahrungen in dieser Hinsicht weitergeben könnten. ■